

Kämpfen um Afghanistan

Die USA und Deutschland müssen ihre Truppen in dem Land wieder verstärken

KSTA-POLITIK@MDS.DE

Was tun? Kundus ist gefallen. Die Menschen fliehen in Scharen aus Afghanistan – nicht nur, aber vor allem nach Deutschland. Weil die Taliban einen Ort erobert haben, der wie kein anderer für das Engagement der Bundeswehr am Hindukusch steht? Ach wo! Sie kommen zu uns, weil die USA und ihre Verbündeten, also auch wir, es nicht geschafft haben, ihnen eine friedliche Lebensperspektive in ihrer Heimat zu eröffnen. Selbst wenn die Armee von Präsident Aschraf Ghani mit amerikanischer Luftunterstützung die Stadt zurückerobert sollte, das Land bleibt ein Kriegsschauplatz. Verständlich, dass die Afghanen, an der Spitze die gebildete Mittelschicht aus den Städten, ihr Heil in der Flucht suchen.

Der Feldzug der USA und ihrer Verbündeten, den Präsident George W. Bush vor bald einem

„Nirgends kann das Problem mit Waffengewalt gelöst werden. Aber ohne sie ist es nicht möglich, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich zu leben lohnt

Vierteljahrhundert angezettelt hat, ist gescheitert. Osama bin Laden, der Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001, ist längst tot. Washington und seine Verbündeten haben die Lust verloren an einem Krieg, der wenig bringt, aber viel kostet.

Dass es irgendwo am anderen Ende der Welt um unsere Sicherheit gehe, wie es der sozialdemokratische Verteidigungsminister Peter Struck einmal behauptet hat – glaubt das noch irgendjemand? Weniger jedenfalls als zu Zeiten des Kalten Krieges, da Bushs Vorgänger uns einzureden trachteten, in Saigon werde die Freiheit West-Berlins verteidigt. Heute verlässt die Schutzmacht ihr Protektorat nicht so Hals über Kopf wie 1975. Aber wie damals zieht sie unverrichteter Dinge ab. Sie hinterlässt weder Frieden, noch gibt es einen stabilen Staat. Von einem demokratischen Gebilde ganz zu schweigen. Die Regierungsposten in Kabul hat ein Marionettenre-



VON THOMAS KRÖTER

gime inne, das ohne Transfusionen aus Washington nicht einmal die eigenen Sicherheitskräfte bezahlen könnte. Die USA und ihre Verbündeten, Deutschland vorneweg, sind nicht die ersten ausländischen Mächte, die sich an Afghanistan die Zähne ausbeißen. Wladimir Putins sowjetische Vorgänger blieben Ende des vorigen Jahrhunderts ohne Erfolg, die Briten Mitte des 19.

Im Laufe ihres mehr als 20-jährigen Engagements haben erst die Verbündeten, dann auch die USA eingesehen, dass der internationale Terrorismus nicht im Hindukusch zu besiegen ist. Deshalb haben sie der Internationale der Kriegsgegner einen Satz abgelauscht, der ihnen einen Ausstieg mit möglichst wenig Gesichtverlust ermöglichen sollte: Es gibt keine militärische Lösung! Das ist nicht falsch, aber nur dann ganz richtig, wenn der Gegner nicht den Eindruck bekommt, er könne dem Westen auf der Nase herumtanzen, weil er die letzte Härte scheut. Gut möglich, dass die Präsidenten Barack Obama und Wladimir Putin über dieses Thema gerade auch anlässlich anderer Kriegsschauplätze gesprochen haben.

Im Übrigen war Peter Strucks berühmter Satz noch nie so nahe an der Wahrheit wie heute. In Afghanistan, in Syrien, im Irak, in Libyen oder anderen gescheiterten Staaten geht es um unsere Sicherheit. Oder sagen wir: um die Sicherheit unseres Wohlstandes. Nirgends kann das Problem mit Waffengewalt gelöst werden. Aber ohne sie ist es nicht möglich, Bedingungen für den Aufbau von Gemeinwesen zu schaffen, in denen zu leben sich lohnt. Dort, und nur dort, gilt die polemische Umkehrung eines berühmten Satzes von Willy Brandt: „Krieg ist nicht alles, aber ohne Krieg ist alles nichts.“

Für Afghanistan heißt das: Es wird nichts mit „Bring the boys home!“ vor der Präsidentenwahl in den USA, vor der Bundestagswahl in Deutschland. Die Truppenkontingente müssen wieder aufgestockt, ihr Mandat verändert werden. Beratung kann nicht mehr alles sein. Sie müssen kämpfen. Nicht nur aus der Luft – wie die USA gerade in Kundus.

Rolle des Kraftfahrt-Bundesamtes im VW-Skandal Der Saustall des Verkehrsministers

VON THORSTEN KNUF

Der Abgasskandal bei Volkswagen ist wie ein Sturm, der durch das Riesenreich des Autokonzerns fegt. Bei der Bundesregierung ist bisher nur ein Lüftchen angekommen. Verkehrsminister Alexander Dobrindt gibt den Chefaufklärer und behauptet, nichts von der Existenz illegaler Abschalteinrichtungen zur Manipulation von Abgaswerten gewusst zu haben. Bisher kommt er damit durch. Den Ärger hat VW – aber nicht die Regierung, deren nachgeordnete Behörden sicherzustellen haben, dass Umweltvorschriften eingehalten werden.

Diverse Verbände fordern nun, das Kraftfahrt-Bundesamt bei der Aufklärung des VW-Skandals au-

ßen vor zu lassen und unabhängige Fachleute zu bemühen. Die Behörde sei zum „devoten Dienstleister der Autobauer“ verkommen, beklagt die Deutsche Umwelthilfe.

Die Organisationen haben recht: Dem Kraftfahrt-Bundesamt fehlt es in der Affäre an Glaubwürdigkeit. Umwelt- und Autoexperten beklagen seit Jahren, dass die Hersteller die Verbrauchs- und Abgaswerte ihrer Fahrzeuge frisieren. Die Behörde hat das nicht daran gehindert, weiter munter Typenzulassungen für neue Modelle zu erteilen. Die Verantwortung dafür tragen Dobrindt und seine Amtsvorgänger. Wenn der Minister einen Saustall ausmisten will, hat er auf dem eigenen Hof viel zu tun.



Hohe Diplomatie

Skott www.berndtaskott.de

GASTBEITRAG

Hilferuf aus dem Lehrerzimmer

Die Pädagogen im Lande mühen sich redlich, die Schulpolitik hingegen folgt heiklen Illusionen – Drei Beispiele aus Nordrhein-Westfalen

Zum „Welttag des Lehrers“ am 5. Oktober dürfen die Pädagogen hierzulande auch in diesem Jahr keine größeren Ehrungen erwarten. Zu sehr sind Schulministerien und Kultuspolitik damit beschäftigt, der problematischen Leistungsbilanz unserer Schulen durch Reformaktivismus und Begriffsakrobatik zumindest scheinbar beizukommen. Ein Kollege sagte kürzlich: „Die Politik blockiert Stück für Stück die Instrumente, die wir für unsere Arbeit brauchen.“ Dazu drei Beispiele aus Nordrhein-Westfalen.

HAUSAUFGABEN

Sicher, das nachmittägliche Üben war immer schon lästig. Aber dass Schüler an Ganztagsgymnasien neuerdings gar keine Hausaufga-

„Kaum ein Lehrer sagt seinem Dienstherrn offen: »Das kann so niemals klappen.« Könntet nicht ihr, die Eltern, tätig werden?“

ben mehr machen dürfen, macht denn doch sprachlos. Das Schulministerium in Düsseldorf beteuert zwar, das Üben finde von nun an im Rahmen schulischer Lernzeiten statt. Aber wer nachrechnet, stellt fest, dass die Gesamtarbeitszeit von Ganztagschülern im achtjährigen G 8 jetzt fünf Stunden pro Woche unter der zu G-9-Zeiten liegt, als der Weg bis zum Abitur noch ein Jahr länger war.

Immer wieder wird geunkelt, Hausaufgaben brächten nichts. Dabei attestiert die Hattie-Studie, die weltgrößte Datenbasis zur Effektivität von Lehr- und Lernformen, dem häuslichen Nachbereiten des Unterrichts in der Sekundarstufe höchste Wirksamkeit: Mindestens 38 Prozent der Schüler in „Hausaufgaben-Klassen“ haben Vorteile gegenüber Lerngruppen ohne. Gymnasiasten sind heute jünger und öfter eignungsunsicher – wie sollen sie in kürzerer Schulzeit in größerer Zahl Abitur machen? Und den Schwächeren will man aus Kostengründen noch nicht mal ein Wiederholungsjahr gönnen?

Mir kann jedenfalls keiner erklären, warum Schüler an Halbtagen das morgens Angelernte nicht nachmittags festigen sollten.

SELBSTORGANISIERT LERNEN

Es hört sich erst mal zeitgemäß an: Eigenverantwortlichkeit scheint allemal motivierender zu sein, als immer nach der Pfeife des Lehrers zu tanzen, und im Leben muss man doch auch allein zurechtkommen. De facto ist dies Etikettenschwindel: Viele Schüler arbeiten nur vor-

so dringend nötige Qualitätssteigerung des Unterrichts bleibt auf der Strecke. Schüler helfen einander gern und können durchaus voneinander lernen. Aber schnelle Lerner haben auch ein Recht auf herausfordernden Unterricht, wollen nicht nur mit ein paar Zusatzarbeitsblättern stillgestellt werden.

Und Leistungsschwächere brauchen nicht nur Schutz vor dem ständigen Vergleich mit den Besten, sondern bedür-

fen auch konstanter pädagogischer Bindung. Förderlehrer, die stundenweise von Schule zu Schule hetzen („Reisepädagogik“), können das nicht leisten. Wachsender Skepsis der Öffentlichkeit begegnet Ministerin Sylvia Löhrmann schwärmend bis beschwichtigend. Intern aber drängen Vertreter der Bertelsmann-Stiftung auf Beschleunigung der Inklusion, zur Not gegen den Elternwillen und trotz fehlender Ressourcen. Will man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen – enormes Einsparen durch Abschaffung der Sonderschulen sowie endgültige Erosion des gegliederten Schulsystems? Das Makabre daran: Es stimmt gar nicht, dass die Behindertenrechtskonvention der UN Deutschland zu gemeinsamer Beschulung verpflichtet. Unsere hoch entwickelten Förderschulen gelten dort gerade nicht als Diskriminierung.

Zum Welttag des Lehrers daher ein Hilferuf aus dem Lehrerzimmer. Wir trauen uns nicht, unserem Dienstherrn offen zu sagen: „Das alles kann so niemals klappen.“ Könntet nicht ihr, die Eltern, tätig werden, ein sofortiges Moratorium fordern, ein Innehalten in Sachen Inklusion, eine seriöse Evaluation der Schulpolitik?

INKLUSION

Auch das klingt verführerisch: Alle Schüler sollen gemeinsam lernen, unabhängig vom Lernvermögen oder etwaigen Einschränkungen. Aber: In vielen Inklusionsklassen geht es arg hoch her. Die nur flüchtig „inklusionsgeschulten“ Regelschullehrer sind für Kinder, die man früher „stark verhaltensauffällig“ oder „geistig behindert“ nannte, ein hohes Entwicklungsrisiko. Und die in NRW

www.eltern-lehrer-fragen.de

Polizeipräsident lehnt Demonstration ab

„Hogesa“-Verbot ist völlig richtig

VON TIM STINAUER

Ein umgekippter Streifenwagen, fliegende Aschenbecher, Angriffe auf Polizisten, die Innenstadt im Ausnahmezustand – geht es nach Polizeipräsident Wolfgang Albers, werden sich die verheerenden Bilder von der eskalierten „Hogesa“-Demonstration in Köln vor einem Jahr nicht wiederholen. Die Polizei hat die für den 25. Oktober geplante Neuauflage am Hauptbahnhof untersagt. Sie befürchtet eine erneute Eskalation.

Nach den Erfahrungen von 2014 ist diese Entscheidung völlig richtig. Zwar will der Anmelder – ein Mitglied der rechtsextremen Organisation Pro NRW – Einspruch einlegen. Am Ende müssen also wohl Gerichte entscheiden, ob das Verbot Bestand hat. Die Chancen aber, dass die Polizei mit ihrem Vorstoß erfolgreich sein könnte, stehen nicht schlecht – obwohl das hohe Gut der Versammlungsfreiheit vom Grundgesetz geschützt ist.

Das beste Argument für ein Verbot haben die „Hogesa“-Teilnehmer vor einem Jahr selbst geliefert: Als Hooligans und Rechtsextreme wie von Sinnen das Kölner Bahnhofsviertel zerlegten, Polizisten verletzten, auch Unbeteiligte in Lebensgefahr brachten, gingen die Bilder um die Welt. Der vermeintlich politische Inhalt ihrer Demonstration entpuppte sich spätestens durch diesen Gewaltausbruch als reine Worthülse.

Und nun wollen sie wiederkommen: dieselben Teilnehmer, derselbe Anmelder, der selbe Ort, die selbe Uhrzeit, dieselbe Route. In den Vorbereitungsgeräuschen mit der Polizei habe sich der Anmelder nicht annähernd von den Geschehnissen im vorigen Jahr distanziert, heißt es, geschweige denn den Exzess verurteilt. Im Gegenteil: Ein Wortführer des Vorjahres habe angekündigt, 2014 toppen zu wollen.

Vor diesem Hintergrund klingt das diesjährige – wohl aus taktischen Gründen zahm gehaltene – Motto der Hooligans wie blanker Hohn: „Köln 2.0 – friedlich und gewaltfrei gegen islamischen Extremismus“. Wer soll das glauben?

Köln

KÖLNISCHE ZEITUNG

Herausgeber: Prof. Alfred Neven DuMont & Christian DuMont Schütte, Isabella Neven DuMont.

Chefredakteur: Peter Pauls. Stellvertreter: Lutz Feierabend, Rudolf Kreitz (Bezirk). Leitender Redakteur: Wolfgang Wagner (Politik). Chefkorrespondent: Joachim Frank. Köln: Christian Hümmeler (Leitender Redakteur), Sport: Karlheinz Wagner, Kultur: Martin Oehler, Wirtschaft: Jürgen Sussenburger, Magazin, Panorama: Claudia Lehnen, Chefredakteur: Harald Biskup, Petra Pfluwatsch; Produktion: Klaus Schröder, Art Directorin: Marianne Hartz.

Alle verantwortlich und wohnhaft in Köln. Düsseldorf: Fabian Klask. DuMont Hauptstadtdredaktion: Jochen Arntz (Chefredakteur), Thomas Kröter, Berlin.

Auslandsvertretungen: Paris: Axel Viehl, London: Sebastian Borger, Brüssel: Peter Riesbeck; Washington: Damiir Fray; Moskau: Stefan Scholz; Jerusalem: Inge Günther; Rom: Regina Kermer; Madrid: Martin Dahms; Athen: Gerd Hühner; Istanbul: Frank Nordhausen; Wien: Norbert Mappes-Niediek; Mexico City: Dr. Klaus Ehringfeld; Bangkok: Willi Germund; Peking: Finn Mayer-Kuckuk; Kapstadt: Wolfgang Drechsler; Kairo: Martin Gehlen.

E-Mail-Redaktion: Redaktion-KStA@mids.de; Fax Redaktion: 0221/224 2524. Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & CoKG, 50590 Köln, Neven DuMont Haus, oder Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln Postbank Köln, IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05. Geschäftsführer: Philipp M. Froben. Verlagsleiter: Karsten Hundhausen.

Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH; Karsten Hundhausen, Marco Morinello (beide verantwortlich). Leiter Vertrieb und Marketing: Carsten Groß.

Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland. Das Bezugsgehalt enthält 7 % Mehrwertsteuer. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung. Cültig Anzeigenpreisliste Nr. 17 vom 1. Januar 2015 und unsere Allgemeinen und Zusätzlichen Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung des Kölner Stadt-Anzeiger wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service Tel. 0221 / 92 58 64 20, Fax 0221 / 224 23 32 E-Mail: abo.kundenservice@mids.de

Anzeigen-Service Tel. 0221 / 92 58 64 10, Fax 0221 / 224 24 91 E-Mail: anzeigen@mids.de

Köln



Stimmung besser als die Lage an unseren Schulen?

Foto: dpa